

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Rpf., bei Lieferung frei Haus 60 Rpf. Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsansage für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preiskliste Nr. 4 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stello: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimattell, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — D. N. IV. 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 126

Mittwoch, den 1. Juni 1938

90. Jahrgang

Feierlicher Staatsakt in Wien

Einweisung der Landesregierung durch Reichsminister Dr. Frick

In einem feierlichen Staatsakt nahm Reichsinnenminister Dr. Frick im Amt des Reichsstatthalters die Einführung der neuen österreichischen Landesregierung vor.

Mit dem Festakt wurde die Tatsache besonders unterstrichen, daß nach dem Willen des Führers die Landesregierung als Hoheits- und Verwaltungsträger des Landes Österreich nunmehr in jene Organisationsform gebracht wurde, die ihren künftigen bedeutsamen Aufgaben entspricht. Dem gleichen Ziel dienen die jüngsten Entschlüsse des Führers hinsichtlich der Neuabgrenzung der Ostmarkgaue und der Ernennung der neuen Gauleiter, die in ihrer Eigenschaft als Landeshauptmänner gleichzeitig vom Reichsinnenminister in ihre Ämter eingeweiht wurden.

Reichsstatthalter Dr. Seyß-Inquart gab noch einmal eine geschichtliche Darstellung der Märzereignisse. „Wir Deutschen“, so erklärte er hierbei, „trauern der niemals gewünschten Souveränität dieses Landes nicht nach, denn für uns ist dieses Land immer ein Bestandteil des deutschen Volkes gewesen.“

Wir geben freudig jene Formen auf, die sich aus der notgedrungenen Selbstständigkeit ergeben haben. Unser Ziel war immer das Großdeutsche Reich.“

Reichsinnenminister Dr. Frick machte grundlegende Ausführungen über die verwaltungsmäßige Neuordnung des Landes Österreich. Er gab dabei die Versicherung ab, daß die gesamte Reichsregierung mit ihrer vollen Autorität bei der schwierigen Aufbauarbeit in der Ostmark hinter der neuen Landesregierung und den Landeshauptmännern stehe. Der Reichsinnenminister wies dann die historische Notwendigkeit der vom Führer verwirklichten Wiedervereinigung der Ostmark mit dem Deutschen Reich an Hand der Ereignisse nach, streifte die verdienstvolle Tätigkeit der nunmehr ausscheidenden Minister, Staatssekretäre und Landeshauptleute und gab dann die Einweisung der neuen Landesregierung mit Reichsstatthalter Seyß-Inquart als Führer der Landesregierung und Leiter des Ministeriums für innere und kulturelle Angelegenheiten, Minister Fischböck als Leiter der Ministerien für Wirtschaft und Arbeit und für Finanzen und Minister Reinthaler als Leiter des Ministeriums für Landwirtschaft bekannt. Mit ihrem bewährten Rat würden auch weiter der Landesregierung zur Verfügung stehen: Minister Klausner, Minister Glaise-Horsienau und Minister Hueber.

Dr. Frick fuhr fort: „Wie die Einheit von Partei und Staat ihren sichtbarsten Ausdruck in der Person des Führers findet, so ist, in Anlehnung an bewährte Maßnahmen im Altreich, Personalunion auch in der Person der Gauleiter und Landeshauptmänner hergestellt. Den vom Führer berufenen Männer erwächst damit in den Ländern die Aufgabe, Partei und Staat auch in ihrem Amtsbezirk zu einer inneren Einheit zusammenzuschweißen, damit

die Kraft der Bewegung der staatlichen Organisation neue Impulse

geben kann. In enger Anlehnung an die übernommene Grenzführung sind die Parteigänge neu abgegrenzt. Dieser Abgrenzung wird die staatliche Gliederung nach sorgfältiger Prüfung, wie den Landesinteressen der betroffenen Gebiete am besten Rechnung getragen werden kann, tunlichst folgen.

Die Neuordnung in den bisherigen Ländern beschränkt sich aber nicht nur auf personelle und räumliche Fragen, auch in organisatorischer Beziehung sind Änderungen zum Teil grundlegender Art zu erwarten oder schon eingeleitet.

Am Ende der organisatorischen Neuordnung steht die unmittelbare Unterstellung der Länder unter die Reichszentralstellen und damit der Wegfall der bisher für Österreich bestehenden zentralen Einrichtungen in Wien. Die Zuständigkeiten der bisherigen zentralen Einrichtungen in Wien gehen alsdann entweder auf die Behörden des Reiches oder der Länder über.

Wenn alsbald nach der Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich so weittragende gebietliche und organisatorische Maßnahmen durchgeführt werden, so liegt der Grund hierfür darin, daß die organisatorische Eingliederung eines Bundesstaates Österreich in das Einheitsreich der Deutschen nicht möglich ist.

Zusammenfassung der Verwaltung

Alle diese Maßnahmen werden aber mit stetem Blick auf die spätere Gesamtform des Reiches durchgeführt werden müssen. Deshalb sind die Grundprobleme, die sich zusammenfassen lassen in der Forderung der Einheit der Verwaltung und der Dezentralisation bei strengster einheitlicher Führung des Gesamtreiches bereits bei der Neuordnung in Österreich zu berücksichtigen.

Die glücklicherweise im österreichischen Verwaltungsaufbau bereits weitgehend verwirklichte Zusammenfassung der verschiedenen Verwaltungszweige zu einheitlichen Behörden muß sonach für Österreich nicht nur erhalten, sondern als geradezu beispielhaft auf das übrige Reich übertragen werden.

Die Gaue höchste Stufe der Selbstverwaltung

So haben wir am zweiten Jahrestag der Machtübernahme als Grundsatz des neuen Reiches die „Deutsche Gemeindeordnung“ erlassen, die für die Gemeinden den Grundsatz verantwortungs- und zielbewusster Führung mit den Elementen echter Selbstverwaltung insbesondere einer weitgehenden Einschaltung ehrenamtlicher Mitwirkung der Volksgenossen in die Verwaltung verwirklicht.

In nicht ferner Zeit werden wir über den kreisangehörigen Gemeinden in einer reichseinheitlichen Regelung leistungsfähige Gemeindeverbände, deutsche Landkreise, schaffen, über denen sich dann in der weiteren Zukunft die Gaue als die höchste Stufe unserer Selbstverwaltung aufbauen werden.

Es ist der Wille der Staatsführung, auch im Lande Österreich so bald wie möglich eine gleich aktive und schlagkräftige Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände aufzurichten.

Daher soll schon zum 1. Oktober 1938 die Deutsche Gemeindeordnung in den österreichischen Gemeinden eingeführt werden. Daneben werden alsbald als Grundlage der kommenden Landkreise in Anlehnung an die Bezirkshauptmannschaften Gemeindeverbände geschaffen werden. Ueber den landesunmittelbaren Städten und über diesen Gemeindeverbänden wird sich die Selbstverwaltung der Landeshauptmannschaften aufbauen.

Wit dieser Neuorganisation werden wir auch eine finanzielle Gesundung der österreichischen Gemeinden erreichen.

Groß sind die Aufgaben, die uns in Vollzug der weltgeschichtlichen Tat unseres Führers vom 13. März nunmehr gestellt sind. Bei ihrer Lösung wird alle zur Mitwirkung Berufenen eine Grundkenntnis leiten müssen: Es handelt sich um eine zweifelhafte Lösung nichterner Reformfragen der Verwaltung nicht um den Aufbau eines bürokratischen Systems, sondern einzig und allein um die Frage, welche Form die beste ist, um alle Kraftquellen der deutschen Ostmark und Großdeutschlands in einen lebendigen Organismus zusammenzuschließen und zu Höchstleistungen zu befähigen.

Zu den Dank an den Führer stimmten die Anwesenden begeistert ein. Dielieder der Nation beschloßen die eindrucksvolle Feier.

Nach dem Staatsakt im Amt des Reichsstatthalters begab sich Reichsinnenminister Dr. Frick zu Besprechungen mit Gauleiter Bürkel ins Parlament.

Die vorhin berührten Gliederungsmaßnahmen haben aber nicht nur Abgrenzung der Länder zum Gegenstand, auch die unteren Verwaltungsbezirke, die Bezirkshauptmannschaften müssen darauf nachgeprüft werden, ob die Grenzführung und Größe den wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechen und den modernen Verkehrsverhältnissen gerecht werden. Die Übernahme einer fernerer im Altreichsgebiet bewährten Grundeinrichtung ist auch auf Österreich unerlässlich: die Bezirkshauptmannschaften dürfen nicht nur Bezirke der staatlichen Verwaltung sein, sie müssen vielmehr auch mit Selbstverwaltung ausgestattet und zu Selbstverwaltungskörpern ausgebaut werden.

Der nationalsozialistische Staat hat sich alsbald nach dem Umbruch im Reich zu dem Gedanken echter gemeindlicher Selbstverwaltung bekannt, weil er davon überzeugt ist, daß eine Verwaltung um so volksnäher und damit um so wirkungsvoller ist, je stärker sie an die unmittelbare Mitarbeit der Volksgenossen selbst appelliert.

In diesem Belantritt unseres neuen Staates liegt die Abgabe an jede unangebrachte Zentralisation all der Verwaltungsangelegenheiten, die örtlich erledigt werden können, liegt weiter aber auch eine Befähigung des Gedankens der Einheit der Verwaltung.

Opferfreudige Ostmark

Ueber 1 Million RM. für die NSD.

Nunmehr steht das endgültige Ergebnis des ersten von der NSD. durchgeführten Sammeltages in Österreich fest. Danach wurden 1 066 243,55 RM. von der österreichischen Bevölkerung am 22. Mai aufgebracht. Das entspricht einem Durchschnitt von 15,8 Pfennigen je Kopf der Bevölkerung. Das Ergebnis ist ein Beweis für die große Opferfreude und den Aufbaumutten unserer Volksgenossen in Österreich.

Goebbels vor den Propagandaamtsleitern

Tagung im Reichspropagandaministerium.

Die Leiter der Reichspropagandaämter versammelten sich mit ihren Presseferenten im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zu ihrer monatlichen Tagung, bei der eine Reihe von Referaten über wichtige politische Fragen gehalten wurden und zur Aussprache kamen. So sprach u. a. Reichspressesekretär Staatssekretär Dr. Dietrich über „Pressepolitik und ihre Bedeutung“.

Im Mittelpunkt der Tagung, an der auch die Staatssekretäre, die Präsidenten der Einzelkammern der Reichskulturkammer, die Intendanten der Reichsfender, die Abteilungsleiter und Referenten des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda und die Kreisleiter des Gaues Berlin der NSDAP. teilnahmen, stand eine Rede des Reichsministers Dr. Goebbels. Eingangs gab der Minister einen Überblick über die großen geschichtlichen Vorgänge, die sich seit der letzten Tagung ereignet hatten. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen behandelte Dr. Goebbels wichtige kulturpolitische Fragen. Den Schluß seiner Rede widmete der Minister der Darstellung der großen Ereignisse der auswärtigen Politik; er beendete seine Ausführungen mit einem herzlichen Dank an die Reichspropagandaamtsleiter für ihren rückhaltlosen Einsatz in den letzten Wochen und Monaten.

Am Nachmittag besuchten die Teilnehmer der Tagung einen Berliner Betrieb, der in seinen sozialen Einrichtungen als vorbildlich gelten kann. Gegen Abend hatten sie mit ihren Referenten Gelegenheit, unter fachkundiger Führung die „Internationale Handwerksausstellung“ zu besichtigen.

